

Gedenken

an die Opfer von
Faschismus und Krieg
KZ-Friedhof Birnau

Samstag, 12. Mai 2012

14:00 Uhr Überlingen-West

Führung Goldbacher Stollen mit **Oswald Burger**

Treffpunkt zur Stollenführung: Stolleneingang, Obere Bahnhofstraße, neben „Wirtshaus zum Felsen“. Bitte Parkmöglichkeiten auf dem Parkplatz „Bahnhof, Therme“, Bahnhofstraße nutzen.

17:00 Uhr KZ-Friedhof Birnau

Gedenkfeier mit **Cornelia Kerth**

(Bundesvorsitzende der VVN-BdA)

und mit **Carlo Pestelli** (Liedermacher aus Turin)

Freitag, 11. Mai 2012

19:00 Uhr Konstanz, K9

Lesung „Einmal Partisan – immer Partisan“ mit **Jürgen Weber**

ab 20:30 Uhr **Konzert** mit **Carlo Pestelli**

Veranstaltet von und mit

- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA Bodensee-Oberschwaben und Singen-Konstanz)
- DGB Region Südwürttemberg
- IG Metall Friedrichshafen-Oberschwaben
- IG Metall Singen
- ver.di Bezirk Oberschwaben
- ver.di Bezirk Schwarzwald-Bodensee



Der KZ-Friedhof Birnau

Die Rüstungsbetriebe Luftschiffbau Zeppelin, Dornier, Maybach und Zahnradfabrik in Friedrichshafen waren 1944 mehrfach Angriffsziel der alliierten Bomber. Ein besonders schwerer Luftangriff am 28. April 1944 zerstörte über 70 % der Stadt. Um die Produktion der Rüstungsbetriebe bombensicher unterzubringen, sollte diese nach Überlingen-Goldbach in unterirdische Stollen verlagert werden.

Die Bauarbeiten unter der Bauplanung und Bauleitung von Siemens Bau GmbH begannen im Juni 1944 unter dem Decknamen „Magnesit“ und sollten nach 100 Tagen abgeschlossen sein.

Bis zu 800 Häftlinge aus dem KZ Dachau, hauptsächlich Italiener und Slowenen, waren im Lager des Außenkommandos Überlingen-Aufkirsch zusammengepfercht und mussten täglich 12 Stunden Zwangsarbeit leisten.

Der Stollenaushub wurde vor dem Stolleneingang in den Bodensee geschüttet. Auf dieser Aufschüttung befindet sich heute der Campingplatz Überlingen.



Die Schikanen der SS-Bewachung, die unmenschlichen Arbeitsbedingungen in den Stollen – bei Sprengungen mussten die KZ-Häftlinge in den Stollen bleiben –, mangelhafte Verpflegung und Krankheiten führten zu zahlreichen Todesfällen.

Ca. 70 Tote wurden anfangs zur Einäscherung noch in das Krematorium Konstanz gebracht. Ein Mitarbeiter beschriftete die Urnen gegen alle Verbote und versteckte sie in einer Kammer, wo sie nach dem Krieg gefunden wurden und den Angehörigen übergeben werden konnten. Als die Kohleversorgung des Krematoriums nicht mehr ausreichte, wurden etwa 97 Tote unbekleidet im Degenhardter Wäldchen in einem Massengrab verscharrt.

Die französische Militärbehörde ordnete Ende 1945 / Anfang 1946 die Öffnung des Massengrabs an und verlangte die Umbettung der Leichen. Die Stadtverwaltung Überlingen versuchte sich dieser Anordnung zu widersetzen und machte als Grund gesundheitliche Gefahren für die Ausführenden geltend. Außerdem wäre eine Identifizierung der Leichen sowieso unmöglich.

Die Anordnung der französischen Militärbehörde in Überlingen wurde vom Antinazi-Comité, den neu gegründeten Parteien Christlich Soziale Union, Sozialistische Partei und Kommunistische Partei sowie den neu zugelassenen Gewerkschaften unterstützt.

Am 9. April 1946 fand die Umbettung der Leichen aus dem Massengrab auf den KZ-Gedenkfriedhof Birnau statt. Vorher wurden die sterblichen Überreste in Särge ge-

legt und in der mit Trauerflor geschmückten Stadt Überlingen aufgebahrt. Die Bevölkerung wurde gezwungen, an dieser Trauerfeier teilzunehmen und an den Särgen entlangzugehen.



Der Stadt Überlingen wurde nach weiteren Auseinandersetzungen die Instandhaltung und Pflege des KZ-Friedhofs auf „ewig“ übertragen. Die Stadtverwaltung musste je-

doch in den Folgejahren immer wieder auf ihre Verpflichtung hingewiesen werden. Die jährliche Pflicht-Gedenkfeier der Stadt Überlingen wird am Volkstrauertag begangen.

Viele Jahre am Totensonntag, seit einigen Jahren nun um den 8. Mai, dem Tag der Befreiung von Faschismus und dem Ende eines Krieges, der weit mehr als 50 Millionen Menschenleben gefordert hat, begehen die VVN-BdA, die Gewerkschaften und andere Antifaschisten aus der Region die alljährliche Gedenkfeier auf dem KZ-Friedhof Birnau zur ständigen Mahnung für uns und die nachfolgenden Generationen.

Neben dem Gedenken an die 97 Toten steht an diesem Ort der Wille, an die Zeit der Terrorherrschaft der Nazis zu erinnern und die notwendigen Lehren daraus zu ziehen. Wie wichtig dieses Gedenken ist, zeigen die 181 Morde durch Nazis in den letzten zwanzig Jahren. Uns allen erwächst die Verpflichtung, den Schwur von Buchenwald vom 19. April 1945 zu erfüllen:

**„Die Vernichtung des Nazismus
mit seinen Wurzeln ist unsere Losung.
Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens
und der Freiheit ist unser Ziel.“**

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Nach der Gedenkfeier treffen wir uns zu Gesprächen, zum Austauschen und zum Abendessen im Gasthaus Sternen, Uhldingen-Mühlhofen.

NPD-Verbot: jetzt aber richtig!

Das faschistische Menschenbild der Neonazis widerspricht allen humanistischen Thesen von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Es steht im krassen Gegensatz zum Grundgesetz.

In Artikel 1 heißt es: „**Die Würde des Menschen ist unantastbar.**“

Wir fordern daher von Staat und Justiz:

Durchsetzung des Grundgesetzes!

175.445 Menschen haben mit ihren Unterschriften bereits 2007 von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages gefordert, vor dem Bundesverfassungsgericht ein neues Verbotungsverfahren gegen die NPD einzuleiten.

5.405 Menschen – davon fast **300** aus der Region rund um den Bodensee – haben im Jahr 2009 ihre Argumente für ein NPD-Verbot aufgeschrieben. Nachzulesen im Internet auf [**www.npd-verbot-jetzt.de**](http://www.npd-verbot-jetzt.de).

Zwei häufige Argumente gegen ein Verbot der NPD sind ganz offensichtlich falsch:

- Ein Verbot der NPD treibe die Nazis in den Untergrund
- Man brauche V-Leute zur Kontrolle der Szene

Inzwischen ist klar: V-Leute sind bezahlte Nazis! Sie versorgen die Nazi-Szene mit Geld und Informationen. Erkenntnisse, die nicht mit polizeilichen, wissenschaftlichen oder journalistischen Methoden gewonnen werden können, liefern sie nicht.

Wir fordern daher von den Innenministern:

Abschaffung des V-Leute-Unwesens!

Die NPD ist der Mittelpunkt eines braunen Netzwerkes. Sie hat mit ihrer Parole: „Kampf um die Straße – Kampf um die Köpfe – Kampf um die Parlamente“ die Öffnung zu den „Kameradschaften“ und zu den „Autonomen Nationalisten“ und damit auch zu Terrorgruppen wie dem „Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)“ vorbereitet.

Die NPD erweckt durch ihre Parteien-Legalität den Eindruck, ihre antidemokratische, antisemitische und rassistische Hetze sei ein legitimes „nationales“ Anliegen.

37 % ihrer Einnahmen waren 2009 Steuergelder.

Der Staat muss endlich seiner Verpflichtung zur aktiven Verteidigung der Demokratie nachkommen.

Wir fordern daher von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat:

Konsequente Durchsetzung eines NPD-Verbotsverfahrens!

